

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche
Streitthema Sponsoring- Große Debatte im Bundestag.
Thomas Strobl ergreift das Wort und entlarvt die Linken als Heuchler

Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen wirft seine Schatten bereits voraus und erreicht damit auch den Bundestag. Um der dortigen CDU-geführten Landesregierung in Düsseldorf zu schaden, die viel für die Menschen erreicht hat, entblödet sich die auf einen radikalen Systemwechsel abzielende Linke nicht, mangels sachlicher Argumente mit unlauteren Mitteln der böswilligen Unterstellung vorzugehen. Recht ist halt, so die Links-Philosophie, was den Sozialisten nützt.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

(Bot den Linken in einer hitzigen Debatte die Stirn: Thomas Strobl am 04.03.2010)

In diesem Zusammenhang ist auch die Debatte über das Thema Sponsoring zu sehen, die gestern im Bundestag stattfand. Obwohl eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie weit sich Parteien mit Sponsoren aus der Wirtschaft einlassen dürfen, richtig und angebracht ist, war die von der Gysi-Truppe beantragte Aktuelle Stunde ein bewusst aufgebaute Wahlkampfpopanz, der reine Stimmungsmache bezweckte.

Dass die Linke Sponsoring geißelt, ist in doppelter Hinsicht unglaubwürdig. Erstens tut sie es nur deshalb, weil sie vom Sponsoring selbst nicht profitiert (welcher Unternehmer wäre so dumm und würde den Post-Kommunisten Geld geben, die weiter alle Banken und Schlüsselindustrien verstaatlichen wollen!). Zum anderen hat Sponsoring mit finanzieller Macht zu tun. Und gerade da schuldet die Linke der Öffentlichkeit seit langem Aufklärung über das verschwundene Parteivermögen der SED, das 1989/90 ins Ausland gebracht wurde und vermutlich heute noch in Moskau oder Havanna auf Rot-Geldkonten ruht. (Reist nicht Herr Gysi gerne nach Kuba mit mehr als dem nötigen Handgepäck? Was er da wohl immer mit heim bringt?). Wahrlich kein

Grund also, die Union und die FDP an Transparenzgebote des Grundgesetzes zu erinnern und sich zu vermeintlichen Galshütern der Rechtsstaatlichkeit aufzuplustern. Dies nämlich sind die Linken mit Sicherheit zu allerletzt.

Traurig nur, dass die von Gysi und Co. gestern im Plenum inszenierte Schmierenkommödie auch von SPD und Grünen unterstützt wurde. Auch diese beiden Parteien müssten sich eigentlich in puncto Sponsoring mit Kritik zurückhalten, weil sie sich selbst in hohem Maße sponsern lassen. Sie verfügen außerdem auch sonst über reichliche Geldmittel aus teils intransparenten Quellen (Verlage, parteieigene Holdings etc.) und hatten vor allem einst keinerlei Bedenken, dass ihr eigener Kanzler Schröder 2005 einen politisch höchst umstrittenen Deal mit Gasprom einfädelt, um sich kurz danach mit einem Aufsichtsratsposten eben dieses Unternehmens abfinden zu lassen. Dies war eine Art „nachholendes“ Sponsoring für erfolgte Amtsgefälligkeiten und erfüllt weit eher den Tatbestand der Korruption als die von SPD-Seite mit diesem Vorwurf derzeit kritisierten Gespräche von Jürgen Rüttgers gegen Geld am Rande von Parteitag.



(Ex-Kanzler mit „Nehmer“-Qualitäten: Schröder „nimmt“ Geld von Gasprom und denkt sich: „Na und..?“)

Um dieses klare Pharisäertum aufs Korn zu nehmen bei einer Opposition, deren Vertreter den Splitter im Auge der Union auf hundert Meter Entfernung erkennen, aber den baumesdicken Balken im eigenen Auge nicht sehen wollen, hat Thomas Strobl in der gestrigen Debatte das Wort ergriffen

und folgende Rede gehalten, die wir zur Illustration im vollen Wortlaut abdrucken:

DIE AKTUELLE REDE VON THOMAS STROBL:



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Beck [Vorredner von den Grünen], das war weniger ein Beitrag zur parlamentarischen Demokratie als mehr ein Beitrag zum nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf. Deswegen möchte ich wieder zur Sache zurückkommen.

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, so heißt es in Art. 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube, wir sind mit dieser Parteiendemokratie in den über 60 Jahren der Bundesrepublik Deutschland gut gefahren, auch wenn die Feinde der Demokratie, etwa die extremistische Linke, keine Gelegenheit auslassen, dieses demokratische System verächtlich zu machen. Jedenfalls läuft es dort, wo es diesen Wettbewerb der Parteien nicht gibt, nicht besser.

Klar ist auch: Parteien brauchen, um ihre Aufgaben zu erfüllen, finanzielle Mittel. Dafür gibt es Staatszuschüsse, aber aus gutem Grund nicht nur staatliches Geld, weil wir keine Staatsparteien wollen. Parteien finanzieren sich auch über Mitgliedsbei-

träge, Spenden und sonstige Einnahmen wie etwa über das Sponsoring.

Als ich im Jahr 2005 Generalsekretär der baden-württembergischen CDU geworden bin, habe ich Wert darauf gelegt, dass wir die Praxis des Sponsorings auch mit der Bundestagsverwaltung, die sozusagen kraft Amtes für die Parteienfinanzierung zuständig ist, abklären lassen, und habe im November 2005 die Auskunft bekommen, dass Sponsoring nach umfangreicher Abstimmung mit der Bundestagsverwaltung abgesichert, also rechtlich nicht zu beanstanden ist. Das ist zunächst einmal der Sachverhalt.

Nun gab es in den letzten Tagen eine aufgeregte Debatte. Frau Künast von den Grünen redet von einem „Angriff auf die Demokratie“.

Aus den Reihen der SPD ist zu hören: „Es stinkt zum Himmel.“ „Politische Korruption!“ „Politische Prostitution!“

Herr Gabriel möchte die Immunität von Kollegen aufheben und die Staatsanwaltschaften einschalten. Keine verbale Kraftmeierei ist also zu schade, um in Nordrhein-Westfalen beim Wahlkampf ein paar läppische Punkte zu machen.

(Zwischenruf der Grünen: Zur Sache!) – Verehrte Kollegen von den Grünen, sehr gerne sage ich Ihnen etwas zur Sache. Zunächst möchte ich Ihnen zurufen: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Das kann schiefgehen.

Zum Sponsoring beim Bündnis 90/Die Grünen. Daniel Holefleisch, der Vorstandsreferent der Grünen für Unternehmenskontakte/Fundraising, schreibt auf seiner Kontaktseite im Internet – nachzulesen beim Business Network XING –:

„Ich suche ... Sponsoren für Parteitage und andere Parteiveranstaltungen.“

So weit, so gut. Und weiter:

„Ich biete *direkten Zugang zu Gesprächspartnern* in Parteispitze und Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...“

(Zurufe von der FDP: Oh! – Helmut Brand [CDU/CSU]: Unglaublich! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das sind die größten Pharisäer!)

„Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet“, heißt es in der Bergpredigt, Kollege Winkler [Zwischenrufer von Bündnis 90/Die Grünen].

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ingo Wellenreuther [CDU/CSU]: Das ist so ein verlogener Haufen!)

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auch Ihnen wäre zu empfehlen, sich etwas sachlicher und ruhiger zu verhalten. Die SPD in Sachsen schreibt für jedermann nachlesbar:

„Unser Angebot an Sie: Als Sponsor der SPD Sachsen möchten wir Ihnen die Gelegenheit geben, in direkter und gezielter Weise mit Ihrer Ziel- und Kundengruppe in Kontakt zu treten. Machen Sie auf sich aufmerksam! Leistungen und Sponsormöglichkeiten im Überblick.“

Und dann heißt es unter einem der vielen Punkte:

„*Vermittlung exklusiver Gesprächspartner auf Veranstaltungen*“

(Zurufe von der CDU/CSU: Hör! Hör!)

„*Die Beteiligung für Sie als Sponsor richten wir ganz individuell nach Ihren Wünschen aus.*“

(Ingo Wellenreuther [CDU/CSU]: Jetzt wird es peinlich, Herr Poß!)

Gustav Heinemann war Mitglied der SPD. Er hat gesagt: „Wer mit dem Finger auf andere zeigt, vergisst meist, dass drei Finger derselben Hand auf ihn selber zeigen.“

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ob und welche Regeln wir brauchen, lassen Sie uns das sine ira et studio miteinander besprechen. Aber lassen Sie uns keinen billigen Jakob für den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen daraus machen, sondern folgen wir dem Rat des Bundestagspräsidenten, mit zeitlichem Abstand ganz nüchtern miteinander zu schauen, ob wir gesetzgeberischen Änderungsbedarf haben und welche gegebenenfalls neuen Regeln wir brauchen.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

WEITERE THEMEN DER WOCHE:

- Telekommunikationsgesetz nichtig
- Internet und digitale Gesellschaft

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch von meinem Berliner Büro unter 030 / 227 72542.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl MdB: „Kinderarbeit ist menschenverachtend“:

CDU-Landesvorstand beschließt Antrag zum Thema Kinderarbeit (Mitteilung vom 02.03.2010)

Der Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg hat sich in seiner gestrigen Sitzung am 1. März 2010 mit einem vom 59. Landesparteitag überwiesenen Antrag der CDU-Sozialausschüsse (CDA) Baden-Württemberg zum Thema Kinderarbeit beschäftigt. Als externer Sachverständiger zu Gast im Landesvorstand war Benjamin Pütter, Kinderrechtsexperte von MISEREOR, der von Kinderarbeitern in indischen Steinbrüchen berichtete.

„Dass Kinder zur Arbeit gezwungen werden, ist in vielen Ländern dieser Welt ein großes Problem“, so CDU-Generalsekretär Thomas Strobl MdB nach der Landesvorstandssitzung in Stuttgart, „und es ist unsere Pflicht, das uns Mögliche gegen diese menschenverachtende Kinderarbeit zu unternehmen.“ Daher begrüßte er den einstimmig gefassten Beschluss des CDU-Landesvorstandes ausdrücklich.

Der Beschluss des CDU-Landesvorstandes zur Kinderarbeit im Detail:

1. Die CDU Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung auf, den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Nr. 138 und Nr. 182 zur Vermeidung schwerster und ausbeuterischer Formen von Kinderarbeit sowie der UN-Kinderrechtskonventionen weltweit Geltung zu verschaffen.
2. Die CDU Baden-Württemberg begrüßt, dass mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts der Deutsche Bundestag die Möglichkeit geschaffen hat, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zusätzliche Anforderungen zu sozialen und umweltbezogenen Kriterien zu stellen.
3. Die CDU fordert die Landesregierung, die Landkreise, die Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Auftraggeber auf, die Bestimmungen des neuen Vergaberechts ge-

rade auch im Hinblick auf die Einhaltung der international vereinbarten Mindeststandards, wie sie in den ILO-Konventionen 138 und 182 festgelegt sind, entsprechend dem Beschluss des Landtags vom 7. Mai 2008 zu nutzen.

4. Die CDU Baden-Württemberg fordert die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, durch eine Erweiterung der Befugnisse der Kommunen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Städte und Gemeinden in ihren Friedhofsatzungen die Verwendung von Grabsteinen aus Kinderarbeit ausschließen können, sofern eine rechtliche Prüfung dies zulässt.
5. Die CDU Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung der Grundbildung und Ausbildung von Kindern zu legen, da Bildung der Schlüssel für Entwicklung ist.

Beitragsfreie Kurzarbeit bis 2011 verlängert:

MdBs Thomas Strobl und Peter Weiß unterstützen Stabilisierung des Mittelstands (Mitteilung vom 04.03.2010)

Die Kurzarbeiterregelung soll auch über den Jahreswechsel 2010/2011 hinaus zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen.

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Generalsekretär der baden-württembergischen CDU Thomas Strobl und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und südbadische Bundestagsabgeordnete Peter Weiß haben sich dafür ausgesprochen, dass auch im Jahr 2011 kurzarbeitende Betriebe durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit finanziell entlastet werden.

Nach einem arbeitsmarktpolitischen Gespräch der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten mit der Leiterin der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit Eva Strobel erklärten die Abgeordneten Thomas Strobl und Peter Weiß:

„Die Kurzarbeiterregelung ist für Baden-Württemberg von größter Bedeutung, weil der Arbeitsmarkt

in unserem Lande durch diese Regelung stärker als anderswo in Deutschland stabilisiert wird“. Dies betreffe vor allem die derzeit schwierige Lage im Maschinenbau. Da die Kurzarbeiterregelung ihre praktische Wirkung nur entfalte, wenn sich die Kostenbelastung der Betriebe nicht verschlechtere, sei es notwendig, weiterhin ab dem siebenten Monat die Sozialversicherungsbeiträge durch die Agentur für Arbeit zu übernehmen. „Im typischen Mittelstandsland Baden-Württemberg nutzen zunehmend auch die von der Krise betroffenen Klein- und Mittelbetriebe das Instrument Kurzarbeit“, stellen Thomas Strobl und Peter Weiß fest.

Der Mittelstand habe bislang maßgeblich durch sein besonnenes Handeln zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen. „Mit Kurzarbeit statt Entlassung wollen wir weiterhin den Unternehmen wie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Perspektive geben“, erklärten Strobl und Weiß.

Zur Strafanzeige gegen Stefan Mappus:

„Politisch kraftlose Schaumschlägerei“ (Mitteilung vom 03.03.2010)

Zu der vom SPD-Bundestagsabgeordneten Christian Lange wegen Strafvereitelung im Amt erstatteten Strafanzeige gegen den CDU-Landesvorsitzenden Ministerpräsident Stefan Mappus MdL erklärt Thomas Strobl MdB, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg:

„Die Vertreter der baden-württembergischen SPD zeigen sich wieder einmal als politisch kraftlose Schaumschläger. Zu einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung in der Sache fehlen ihnen die Kraft und die Ideen, darum flüchtet sich Herr Lange jetzt in eine sinnlose juristische Auseinandersetzung und entpuppt sich als Prozesshansel. Es ist erniedrigend für eine einst stolze Partei, sich auf dieses Niveau herabzulassen. Die SPD im Land sollte sich stattdessen besser an einem konstruktiven politischen Ideenwettbewerb beteiligen – aber dabei sind die baden-württembergischen Sozialdemokraten ja eine Nullnummer. Die CDU-geführte Landesregierung unter Ministerpräsident Stefan Mappus zeigt dagegen mit ihrer gestern vorgestellten Bundesratsinitiative, wie es richtig geht: Purer Populismus nutzt niemandem, das Problem muss an der Wurzel angegangen werden.“

SCHLUSSWORT:

Liebe Leserinnen und Leser,

nach meiner oben abgedruckten Plenarrede sprachen noch weitere Vertreter der Unionsfraktion in der Debatte zum Thema „Sponsoring“. Den Beitrag meines geschätzten Kollegen Helmut Brandt versuchte der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele durch ständige Zwischenrufe zu sabotieren.

Dies hat mich geärgert, und zwar so, dass ich selbst einen Zwischenruf machte, der daraufhin vom amtierenden Sitzungspräsidenten gerügt wurde. Ich hatte Herrn Brandt zugerufen: „Lassen Sie sich doch von einem Straftäter nicht unterbrechen!“

Vize-Präsident Dr. Hermann Otto Solms (FDP) fand, mit dieser Formulierung sei ich Herrn Ströbele „persönlich zu nahe getreten“.

Diese Einschätzung befremdet mich schon ein wenig, da Herr Ströbele 1980 rechtskräftig verurteilt wurde und daher sehr wohl ein Straftäter ist. Für das Feststellen einer solchen Tatsache, die den Linken natürlich unbequem ist, gerügt zu werden, ist schon mehr als seltsam, für mich aber nur ein Grund mehr, auch künftig Unbequemes auszusprechen und Fakten offen beim Namen zu nennen.

Mit diesem Hinweis grüßt Sie bis zur nächsten Ausgabe des „Berlin aktuell“

herzlichst

